GEWERKSCHAFT
ERZIEHUNG UND
WISSENSCHAFT

KREISVERBAND
OFFENBACH-STADT

INFO 3

Mai 2000

Unsere KandidatInnen

in den Gesamtpersonalrat!

Inhalt

Personalratswahlen	Seite 2
OF: Wann wird die nächste Schule abgerissen?	Seite 2
Altersteilzeit ist finanzierbar	Seite 3
Sparen auf unsere Kosten	Seite 6
Die Zukunft der Gewerkschaften	Seite 11
Lesesozialisation (Teil 1)	Seite 13
Adressenliste Kreisvorstand	Seite 16
GEW Offenbach goes TV	Seite 16

Personalratswahlen

Vom 16. bis 18. Mai finden die landesweiten Personalratswahlen statt. Die Personalräte der Schulen, der Gesamtpersonalrat beim Staatlichen Schulamt und der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Kultusministerium werden neu gewählt.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft werden sich auch zukünftig kompetent und streitbar für die Interessen der Bediensteten einsetzen.

Einige Schwerpunkte werden sein:

- Sozialverträgliche und einvernehmliche Abordnungen und Versetzungen
- Verbesserungen der Arbeitsbedingungen
- Nachteilsausgleich zugunsten einer Großstadt wie Offenbach
- Gerechte Lehrerversorgung
- Altersteilzeit
- Beachtung des Frauenförderplans
- Mitbestimmung bei der Auswahl qualifizierter Funktionsträgerinnen und Funktionsträger
- Ausbau der sonderpädagogischen Förderung
- Sicherung des muttersprachlichen Unterrichts

Der Rechenschaftsbericht des Gesamtpersonalrats, der allen Mitgliedern noch vor den Wahlen über die Schulobleute zugehen wird, soll euch mit detaillierten Informationen über unsere Arbeit versorgen.

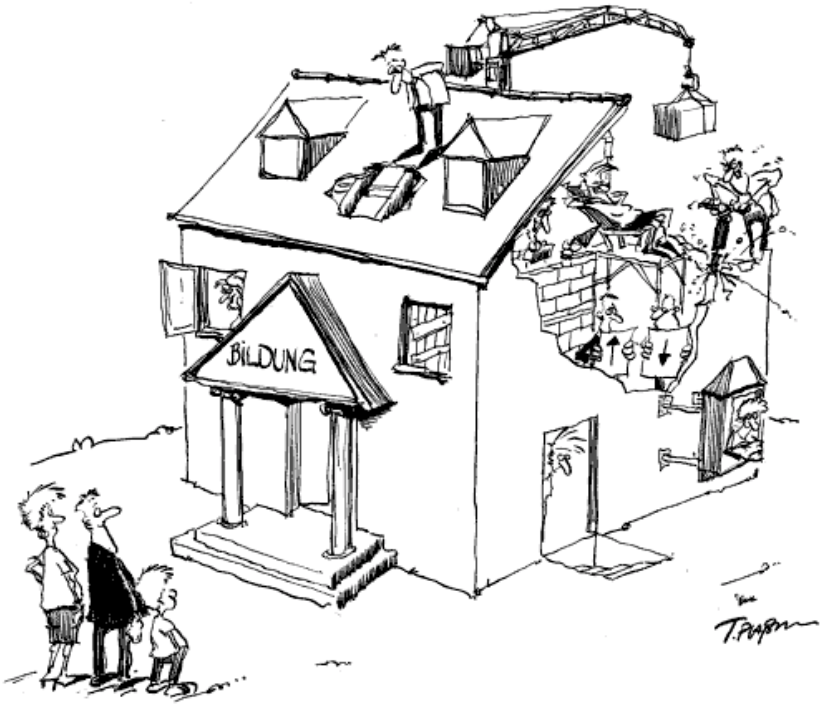
Wann wird die nächste Offenbacher Schule abgerissen?

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) , Kreisverband Offenbach-Stadt, hat in den letzten Jahren regelmäßig über den katastrophalen Zustand der Offenbacher Schulen diskutiert und geschrieben.

Besonders gründlich wurden 1993 diese Mängel von Offenbacher Schulleiterinnen und Schulleiter in einem Zerfallskataster aufgelistet. Vieles davon hat leider noch heute Gültigkeit. Traurige Höhepunkte: Eine Schule (Brüder-Grimm-Schule) wurde verkauft, eine weitere (Ernst-Reuter-Schule) wird demnächst abgerissen.

Sicherlich sind in den vergangenen Jahren einige Sanierungsmaßnahmen durchgeführt worden. Aber im Verhältnis zu dem inzwischen entstandenen Substanzverlust sind die vorgenommenen Reparaturen nur als marginal zu bewerten.

Besonders bedrückend ist nach wie vor für Schülerinnen und Schüler sowie für die Beschäftigten das innere und äußere Bild der Schulen. Klassenräume wurden teilweise seit Jahrzehnten nicht gestrichen, das gilt auch für Flure und Treppenhäuser. Die Fassaden sind größtenteils trostlos grau. Das Mobiliar ist total veraltet – Sperrmüll würde man das umgangssprachlich nennen.



Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mutet die Stadt zu, einen Großteil ihres Tages in dieser lieblos wirkenden Umgebung zu verbringen. Das sagt etwas über den Stellenwert aus, den Bildung in Offenbach hat.
Auffallend ist dagegen die immer deutlicher werdende Diskrepanz zu der aufgeputzten Veränderung der Innenstadt.
Die GEW Offenbach-Stadt wird nach wie vor dieses Missverhältnis benennen und auf umfassende Verbesserungen drängen.

Gabriele Bechtel

Altersteilzeit ist finanzierbar und entlastet sogar die Staatskassen

— zu diesem Ergebnis kommt Professor Klaus Klemm, der bekannte Bildungsforscher.

In Hessen behauptet die Landesregierung, natürlich wolle sie die Altersteilzeit auch für Lehrerinnen und Lehrer, aber sie sei nicht finanzierbar. Diese Behauptung ist eindeutig falsch. Da die Landesregierung keine eigenen Berechnungen vorlegt, bilanzieren wir die Kosten in Anlehnung an ein Gutachten von Professor Klaus Klemm.

Was kostet die Altersteilzeit?

Wir setzen voraus, dass

- jede Reduzierung infolge Altersteilzeit durch Neueinstellungen ausgeglichen wird,
- die neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen deutlich jünger sind als die Altersteilzeitler und sich daher erst in Leistungstufe 5 (ehemals Dienstaltersstufe) befinden,
- die Inanspruchnahme der Altersteilzeit zu einem deutlichen Stressabbau führt und dass dadurch Frühpensionierungen aus gesundheitlichen Gründen ein Jahr später erfolgen.

FRAU WOLFF,
WANN KOMMT ENDLICH DIE ALTERSTEILZEIT FÜR LEHRERINNEN UND LEHRER?

Die **Aufwendungen für eine Lehrkraft mit voller Stelle, A 13 und Leistungsstufe 12** setzen sich zusammen aus Grundgehalt, Familienzuschlag, Weihnachts- und Urlaubsgeld und den Aufwendungen für Beihilfe: 96.646,70 DM

Für eine **Lehrkraft in Altersteilzeit** ergeben sich dagegen folgende Kosten:

Monatsnettoeinkommen für eine halbe Stelle (ohne Weihnachts-/Urlaubsgeld): 43.470,66 DM.
Die Lehrkraft in Altersteilzeit hat Anspruch auf 83% der Nettobezüge, obwohl sie tatsächlich nur eine Unterrichtsverpflichtung von 50% hat. Diese Differenz zwischen 50% und 83% muss ausgeglichen werden. Hinzu kommen Beihilfe, Weihnachts- und Urlaubsgeld: 21.848,48 DM.

WIE, SIE IST NICHT FINANZIERBAR?

Eine halbe Lehrkraft muss neu eingestellt werden (Kompensationsstelle mit A 13, Leistungsstufe 5). Sie kostet pro Jahr: 41.289,55 DM.
Jahresausgaben je Fall für Altersteilzeit insgesamt 106.608,68 DM.

Es entstehen also zunächst Mehrkosten für Altersteilzeit (ohne Berücksichtigung von Einsparungseffekten): 9.961,98 DM.

Einsparungen durch Hinausschieben des Pensionierungszeitpunktes um 1 Jahr

HABEN SIE DENN DIE GUTACHTEN NICHT ZUR KENNTNIS GENOMMEN?

Professor Klemm geht in seinem Gutachten davon aus, dass sich der Pensionierungszeitpunkt wegen Dienstunfähigkeit bei Kräften, die Altersteilzeit in Anspruch nehmen, durch die Verminderung des Stresses und anderer Belastungen um durchschnittlich 1 Jahr hinausschiebt. Dadurch werden Pensionskosten — durchschnittlich 70 %

des Bruttoeinkommens — im Umfang von 68.000 DM eingespart. Verteilt auf 5 Beschäftigungsjahre ergibt dies ein Einsparungsvolumen von 13.600 DM pro Jahr. [1]

Bei Mehrkosten von 9.961,98 DM und Einsparungen von 13.600,00 DM **spart der Staat also pro Teilzeitkraft <u>mindestens</u> 3.633,02 DM pro Jahr**.

Tatsächlich erhöht sich diese Summe noch:

- Im gymnasialen und beruflichen Bereich werden Oberstudienratsstellen zunächst durch Studienratsstellen ersetzt (Einsparungen von 4.000, DM pro Jahr).
- Lehrkräfte, die krankheitsbedingt in den Ruhestand gehen müssen – und das sind immerhin 54 % aller hessischen Lehrkräfte – fehlen im Jahr vor dem Ruhestand in der Regel für längere Zeit und müssen durch Vertretungskräfte ersetzt werden (Einsparung: mindestens 5.000,- DM pro Jahr).
- Durch die Neueinstellungen wird die Zahl der Arbeitslosen verringert. Die Kosten eines Arbeitslosen werden pro Jahr mit durchschnittlich 39.000,- DM kalkuliert (zusammengesetzt aus Arbeitslosenunterstützung oder Sozialhilfe und entgangenen Steuereinnahmen).

DANN TUN SIE ES JETZT!

Angesichts dieser Faktenlage ist es nicht nachvollziehbar, wenn den Lehrerinnen und Lehrern die Altersteilzeit weiter vorenthalten wird.
Betrachtet man die extrem hohe Stress- und Arbeitsbelastung gerade auch für ältere Lehrerinnen und Lehrer und die weiterhin sehr hohe Arbeitslosigkeit, ist dies unverantwortbar.

Die GEW — wir alle machen Druck: Großdemonstration am Dienstag, dem 30.05.2000 – nähere Infos folgen!

(aus einem Info der KV Hanau und Gelnhausen)

[1] 59 Jahre entspricht derzeit dem durchschnittlichen Pensionierungsalter von Beamten in der BRD. Die Anhebung des Pensionierungsalters durch Altersteilzeit auf 60 Jahre führt zu der Verteilung des Einsparungspotentials auf 5 Jahre (von 55 bis 60 Jahre). Leider liegen entsprechende Daten speziell für Lehrerinnen und Lehrer nicht vor. In Nordrhein-Westfalen scheiden die Lehrenden im Durchschnitt schon mit 58 Jahren aus. Träfe dies auch für Hessen zu, ergäben sich höhere Einsparungen von 17.000,- DM pro Jahr, weil die eingesparten Pensionskosten nur auf 4 Jahre verteilt werden müssten.

Sparen auf unsere Kosten

Unter dem Titel "Sparen auf unsere Kosten — für wen?" lud die GEW Offenbach-Stadt am 9.2.2000 zu einer Diskussionsveranstaltung mit Prof. Rainer Roth ein.[2]
Rainer Roth beschäftigt sich seit längerem mit dem Thema "Staatsverschuldung"[3]. Da wir in zunehmendem Maße staatlichen Sparmaßnahmen ausgesetzt sind, erschien es uns notwendig, uns mit diesem Thema ausführlicher zu beschäftigen, auch wenn die Materie etwas "trocken" ist. Für alle die, die nicht kommen konnten, hier noch einmal eine Einführung in die Thematik.

Die Misere im Bildungswesen wird maßgeblich beeinflusst von der bekannten Tatsache, dass der Staat sich (oder sollte man eher sagen: uns?) hoch verschuldet hat und "sparen muss". Die Staatsschulden betrugen 1998 2,3 Billionen DM[4]. Demgegenüber standen 1998 Steuereinnahmen von nur 833 Milliarden DM[5]. Um sich diese Lage etwas besser vorstellen zu können, hier zwei Rechenaufgaben:

- 2,3 Billionen DM : 833 Milliarden DM = 2,76. Wenn Sie 2,76 mal mehr Schulden hätten, als Ihr Jahreseinkommen beträgt, wie hoch wäre Ihre Verschuldung? Und wie würden Sie in diesem Fall Ihre wirtschaftliche Lage bezeichnen?
- 2,3 Billionen DM Staatsschulden müssen letztendlich wir alle tragen. Wieviel DM entfallen rein rechnerisch auf jeden Einwohner unseres Landes?

Die Staatsschulden 1998 überstiegen alle Bruttoeinkommen aus nicht selbständiger Arbeit in Deutschland.[6]

Der Verschuldungsprozess beschleunigt sich. Um in dieser Lage noch wirtschaften zu können, muss der Staat sich immer weiter verschulden. Die Kosten für die Zinsen betrugen 1998 etwa die Hälfte der Summe, die der Staat an Lohnsteuern einnahm. Roth folgert: "Es ist völlig unwahrscheinlich, dass die Staatsschulden jemals wieder an die Gläubiger zurückgezahlt werden können."[7]

---

[2] Einen Mitschnitt der Veranstaltung zeigen wir am 2.6. um 18.00 Uhr im "Offenen Kanal" (s. S.16).
[3] Sein Buch "Das Kartenhaus" ist im letzten Jahr in einer aktualisierten 2. Auflage erschienen (ISBN 3-932246-20-9). Weitere interessante und leicht verständliche Informationen zum Thema könnt ihr von der Aktion "Klartext" bekommen (im Internet unter www.dave.de/klartext).
[4] Rainer Roth, Das Kartenhaus, Ökonomie und Staatsfinanzen in Deutschland, 2., aktualisierte Auflage, Frankfurt (Main) 1999, S.8.
[5] Aktion Klartext, Kennen Sie dieses Land?, Informationsschrift, Frankfurt (Main) 1999.
[6] Rainer Roth, a.a.O.; sie machten 115% der Bruttoeinkommen aus.
[7] Ebenda, S.8.

Da erscheint es einleuchtend, dass gespart werden muss. Allerdings irritiert dabei die Tatsache, dass der Staat gleichzeitig auf Einnahmequellen verzichtet, besonders, wo es sich um Spitzensteuersätze und Unternehmergewinne handelt und auf die Besteuerung etwa von Aktienkäufen und großen Vermögen ganz verzichtet wird.
Die Aktion "Klartext", die sich zum Ziel gesetzt hat, über die Hintergründe der zunehmenden Armut der öffentlichen Hand zu informieren, fragt: "Aktien – wichtiger als Brot?" und vergleicht:

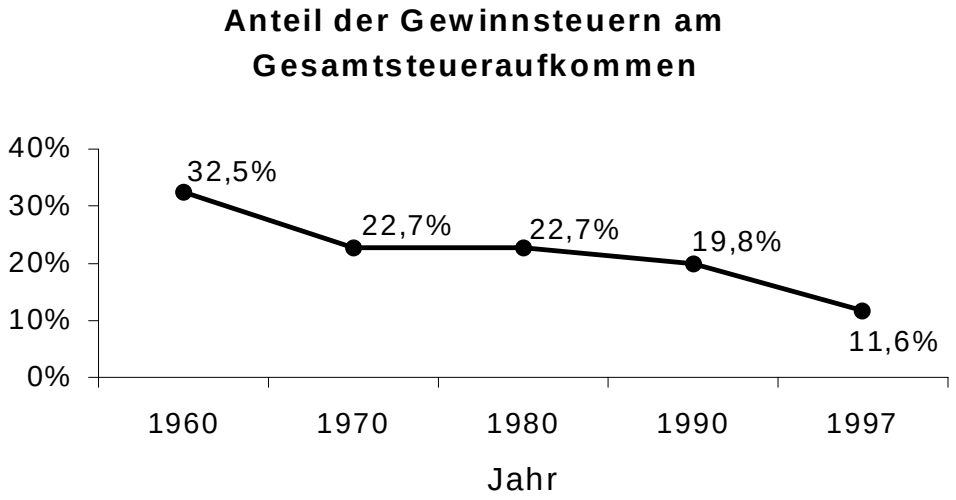
- "Dr. Reinhard B., Bankmanager, monatliches Nettoeinkommen 125.000 DM, kauft 50 Aktien zu einem Kurswert von 20.204 DM und zahlt 0% Mehrwertsteuer.
- Frau Gerda M., Rentnerin, monatliches Nettoeinkommen 1000 DM, kauft einen Laib Brot für 3,90 DM und zahlt darauf 7% Mehrwertsteuer."[8]

Aber, das hören wir immer wieder, wir sollen nicht neidisch sein: Unsere Wirtschaft muss boomen, damit es uns allen gut geht. Da machen auch SPD und GRÜNE keine grundsätzlich andere Politik als die Vorgängerregierung; die Subventionen, die gesenkt werden sollten, steigen auch 2000 weiter[9]; die Vermögenssteuer, die die SPD in der Opposition noch gefordert hatte, kommt nun doch nicht usw. Haushalte lassen sich offensichtlich eher auf Kosten von Rentnern, Arbeitslosen, Schülern und Studenten – und Staatsbediensteten – konsolidieren.

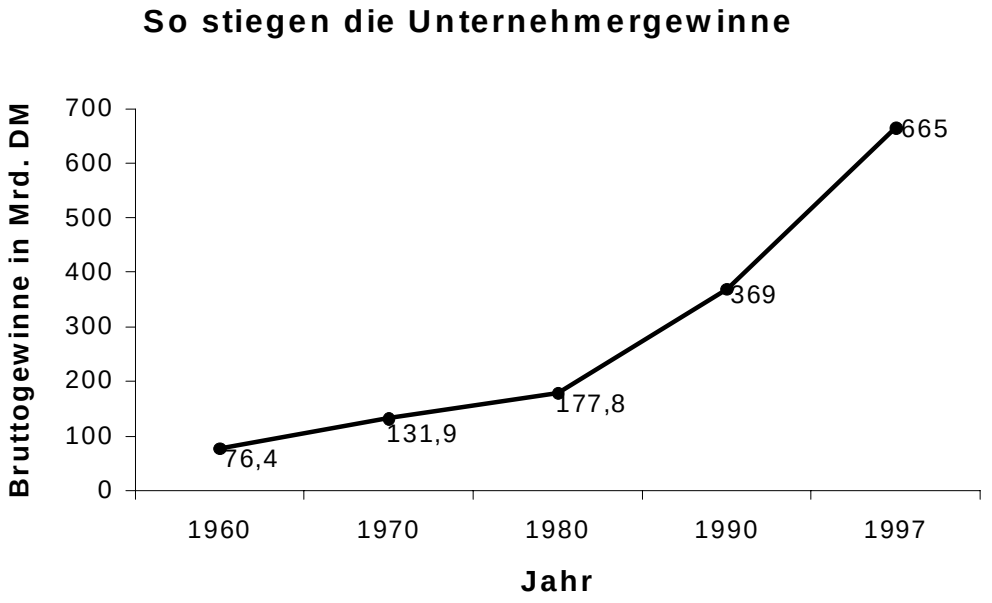
Aber warum sind denn unsere Unternehmen und die Menschen, die wirklich Geld haben, so wenig belastbar? Zahlen sie, wie uns oft versichert wird, schon viel zu viel Steuern? Wie der folgenden Tabelle entnommen werden kann, ist das Gegenteil der Fall. Dargestellt wird der Anteil der Gewinnsteuern am Gesamtsteueraufkommen. Unter Gewinnsteuern werden dabei die Summe von Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer und veranlagter Einkommensteuer verstanden[10].
Geht es den Unternehmen so schlecht, dass sie sich nur noch in immer geringerem Maße an den Steuern beteiligen können?

[8] Aktion Klartext, Aktien - wichtiger als Brot?, Informationsschrift, Frankfurt (Main) 1999.
[9] Subventionen wären beinahe gesunken, in: "Die Tageszeitung" vom 29.7.99.
[10] Rainer Roth, a.a.O., S.70; Angaben ab 1990 Deutschland.

Die Einnahmen des Staates aus Lohnsteuern sind zwischen 1977 und 1998 um das



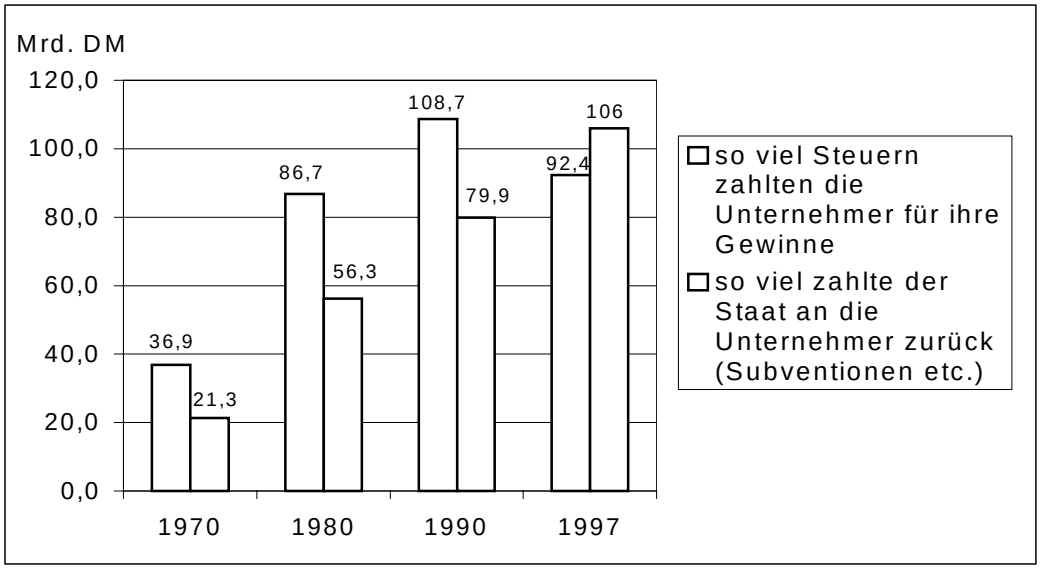
Dreifache gestiegen.[11] Ist es also der abhängig beschäftigten Bevölkerung in Deutschland immer besser gegangen, während die großen Unternehmen darben mussten? Das könnte man manchmal glauben, wenn man die Klagen über zu hohe Löhne und Lohnnebenkosten hört. Und da scheint es dann logisch, dass nun gespart werden muss.
Die Zahlen[12] in der nächsten Tabelle lassen indes ganz andere Schlussfolgerungen zu. Ganz offensichtlich sind keineswegs die Gewinne gesunken, sondern nur die Steueranteile dafür. Die für die steigenden Gewinne gezahlten Steuern können dem Schaubild auf Seite 9 entnommen werden.



Die Entwicklung spitzte sich in den letzten Jahrzehnten weiter zu: Von 1980-1990 haben sich die Gewinne etwa verdoppelt, die Steuern dafür aber nur um ein Viertel erhöht. Noch bemerkenswerter die Entwicklung von 1990-1997: Während sich die

[11] Rainer Roth, Gibt es Alternativen zum Sparpaket?, Mitschrift eines Vortrags in Winsen am 9.3.2000.
[12] Rainer Roth, Das Kartenhaus, S. 73, Angaben ab 1990 Deutschland.

Gewinne – diesmal in nur 7 Jahren – wiederum fast verdoppelten, sank erstmalig sogar die Steuersumme.
Noch dramatischer stellt sich die Situation dar, wenn man den Steuerzahlungen die Staatstransfers an Unternehmen (Subventionen, Investitionszuschüsse) gegenüberstellt: [13]



1997 hat also der Staat mehr Geld an Unternehmen zurück überwiesen, als er an Steuern bekommen hat – und das bei Rekordgewinnen (s.o.).

Roth folgert: "Der Staat wäre aller Haushaltssorgen ledig, wenn die Gewinnsteuern nicht gesunken wären."[14]
Die Zahlen, die Roth sämtlich offiziellen Veröffentlichungen (z.B. Statistisches Bundesamt) entnommen hat, machen deutlich, dass hier eine Umverteilung von unten nach oben stattfindet, die sich zusehends beschleunigt. Wir müssen mehr arbeiten – und unsere jungen KollegInnen auf der Straße stehen –, damit die Gewinne von Steuerzahlungen ungetrübt steigen können.
Wenn sich diese Entwicklung so weiter fortsetzt und beschleunigt, wo soll das enden? Und, warum machen auch angeblich arbeitnehmer- und bildungsfreundliche Parteien wie SPD und GRÜNE da mit und verschärfen diese Entwicklung sogar? Warum kürzt eine "sozialdemokratische" Partei bei Rentnern und Arbeitslosen, damit die Bilanzen unserer Unternehmen noch besser aussehen?

Roth versucht auch hier eine Antwort. Wer Kapital hat, will damit eine möglichst hohe Rendite erzielen. Das Kapital insgesamt wird durch Renditen vergrößert. Investitionen ermöglichen Rationalisierung und Technisierung, wodurch die Produktion gesteigert wird. "Die Produktivität einer Arbeiterstunde ist von 1960 bis 1997 ... um fast das 6-fache gestiegen"[15], schreibt Roth. Dadurch sinkt die Nachfrage

[13] Ebenda, S.73.
[14] Ebenda, S. 87.
[15] Ebenda, S. 41.

nach Arbeitskraft enorm, was zu steigender Arbeitslosigkeit, stagnierenden und sogar sinkenden Löhnen[16] und kürzeren Arbeitszeiten führt.
Mit steigendem Angebot an Waren steigt aber auch die Preiskonkurrenz, wenn der Konsum nicht entsprechend gesteigert werden kann. Bei fallendem Lohnniveau und zunehmender Verarmung großer Teile der Bevölkerung durch Arbeitslosigkeit kann der Konsum aber nur sinken. Gleichzeitig steigen aber auch die Kosten für die Ausstattung von Arbeitsplätzen mit Sachkapital.
All dies macht es unmöglich, die Kapitalrenditen für industrielle Investitionen auf demselben Niveau zu halten. Viele Unternehmen erzielen einen Großteil ihrer Gewinne schon nicht mehr durch Produktion, sondern durch Finanzgeschäfte, etwa Spekulation an der Börse. Roth spricht hier von der "Arbeitslosigkeit des Kapitals"[17], das nicht mehr der Produktion dient, sondern im Grunde genommen zu Wettspielen benutzt wird.

In dieser Situation dienen sinkende Gewinnsteuern und wachsende Subventionen dazu, ein Sinken der Rendite für das Kapital, das in unsere Wirtschaft eingesetzt wird, zu verhindern. Derartige Maßnahmen verbessern zwar kurzfristig Bilanzen einzelner Unternehmen, können jedoch langfristig nicht erfolgreich sein.
Investitionen dienen u.a. dazu, die Produktion weiter zu steigern und zu technisieren, womit mehr Produkte erzeugt werden, die dann noch mehr Arbeitslose erst recht nicht kaufen können. Die Renditen werden noch subventionierungswürdiger erscheinen. Ein verhängnisvoller Kreislauf dreht sich da – mit verhängnisvollen Auswirkungen.
Im Rahmen der Globalisierung soll durch attraktive Kapitalrenditen in der BRD auch verhindert werden, dass Kapital zunehmend in andere Länder abfließt.

In der Diskussion, die an Rainer Roths Vortrag anschloss, drückte sich zunächst viel Wut, aber auch Hilflosigkeit aus. Wie können wir diesen Prozess aufhalten? Wie können wir eine Logik, die nur in Renditen denkt, dabei aber unsere Gesundheit

[16] "1994 sank die Nettolohn- und Nettogehaltssumme zum ersten mal in der Geschichte der Bundesrepublik, nämlich um 0,2%. 1997 sank sie zum zweiten Mal, diesmal um 1,6%", in: ebenda, S. 46.
[17] Ebenda, S. 64.

(vgl.: Stress im Lehrerberuf, in: Info 2), die Ausbildung unserer Jugend, die Zukunft unserer Gesellschaft und unsere Umwelt gefährdet, durchbrechen?
Einig waren wir uns, dass wir dazu beitragen können, das Wissen über die Hintergründe der Sparzwänge weiter zu verbreiten. Erfreulich war in diesem Zusammenhang auch, dass eine große Anzahl von Schülerinnen und Schülern gekommen war, um den Vortrag mit zu verfolgen.
Und für uns wurde deutlich, wie ein Teilnehmer ausdrückte: "Die Zeit der Bescheidenheit ist vorbei!" Wir sehen nicht mehr ein, an einem Sparen, dass nicht etwa der Linderung irgendeiner Not, sondern lediglich der Stützung von Kapitalrenditen dient, mitzuwirken und etwa in vorauseilendem Gehorsam zu überlegen, wie wir unserer Jugend noch etwas mehr abknapsen und unsere Gesundheit noch etwas mehr ausbeuten können.
Das Kapital fordert seine Renditen ein – lasst uns Schulen fordern, in denen sinnvoll und mit Freude gelernt werden kann und in denen niemand vor Stress krank werden muss.

Michael Köditz

Die Zukunft der Gewerkschaften

So weitermachen wie bisher?
oder: Brauchen die Gewerkschaften eine neue Orientierung?

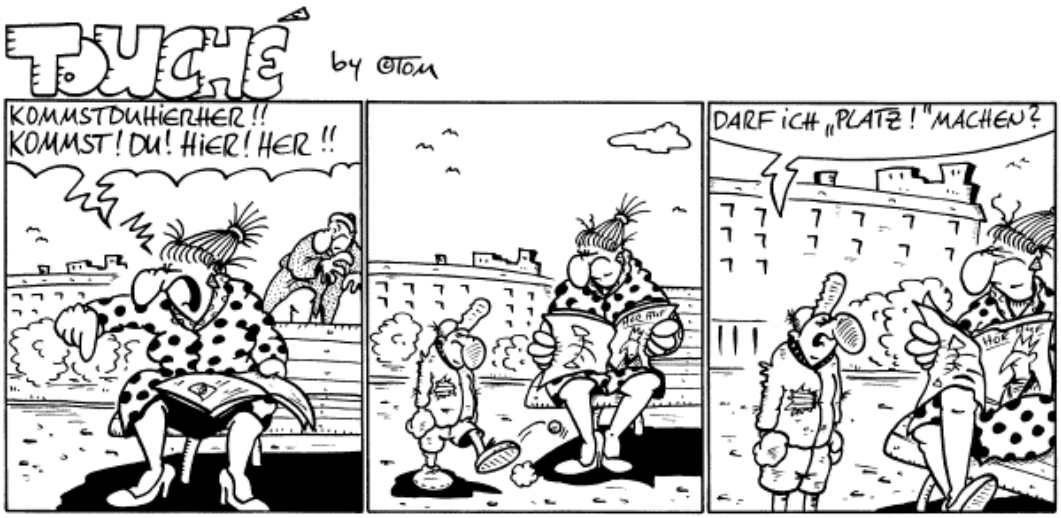
Anmerkungen zur MV am 29.3.00 mit dem DGB-Vorsitzenden (Main-Kinzig und Offenbach) Ferdi Hareter

Wir in der GEW sind davon noch nicht so sehr betroffen, aber die innergewerkschaftliche Diskussion über die Gründe von Mitglieder- und Bedeutungsverlust der Gewerkschaften steht auf der Tagesordnung, denn auch wir werden in Zukunft stärker als bisher vom Trend erfasst werden. Es geht unzweifelhaft um eine existentielle Krise, die mehr oder weniger alle Gewerkschaften des Kontinents einholt.

Hareter sieht im wesentlichen zwei Ursachen: den „mainstream“ und das Hausgemachte. „Mainstream“ ist der grassierende Individualismus, d.h. weg von den Verbindlichkeiten und Organisationen, hin zur flexiblen autonomen Lebensgestaltung ohne kollektive Verantwortlichkeiten. Beispielsweise ist der Sportverein mit zweimal wöchentlichem Training und samstags Wettbewerb weniger attraktiv als die 10er- Karte des Fitness-Studios, die ich dann einlöse, wenn es mir gerade passt. Über die hausgemachten Fehler ließ sich Ferdi nicht sehr lange aus. Unter anderem hält er nicht viel von den Fusionen von Gewerkschaften, weil sie die Interessen der Mitglieder bisheriger Einzelgewerkschaften nicht mehr zureichend berücksichtigen würden. So gab er auch der GEW recht, weil sie sich der Super-Dienstleistungsgewerkschaft „Ver.di“ nicht anschließen will.

Aber er erkennt noch eine dritte Ursache, und zwar in der gesellschaftlich-politischen Situation, in der wir Gewerkschafter uns heute befinden: Es ist unsere defensive Position, wir versuchen Abwehrschlachten zu bestehen statt anzugreifen,

der Sozialabbau geschieht gegen unsren Willen allenthalben, und wir haben nicht die Macht, die Themen zu bestimmen. Zumal die Instanz „Staat“ nicht mehr über die tradierten Optionen verfügt, nach denen auch die Interessen der Lohnabhängigen eine wichtige Position wegen der Erhaltung des „sozialen Friedens“ hätten, vielmehr hätte statt der Politik immer mehr das Kapital das Sagen.



Was haben diejenigen auf der Hand, die eine Erneuerung der gewerkschaftlichen Strategie fordern? Eigentlich nur die Kritik, dass es so wie bisher nicht mehr weitergehen könne. Zuerst sagen sie, dass es den Klassenwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital nicht mehr gäbe, zum andern schlagen sie vor, die Gewerkschaft zum Dienstleistungsunternehmen zu verändern. Was das genau sei, bliebe weitgehend offen, jedenfalls stünde fest, dass die herkömmlichen gewerkschaftlichen Rituale überflüssig seien: Streik, 1. Mai, Demonstrationen... das alles sei Plunder aus dem 19. Jahrhundert.

Ferdi Hareter sieht darin keine akzeptable Perspektive, weil der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit überhaupt nicht aufgehoben sei — im Gegenteil, denn die Kapitalseite würde alles daran setzen, Sand in die Augen der arbeitenden Bevölkerung zu streuen, sie würde aus ihrer konjunkturellen Überlegenheit heraus mit allen Mitteln das Denken der Menschen in ihrem Sinne beeinflussen: Gefährdung der Arbeitsplätze durch zu hohe Lohnforderungen, die übermäßige steuerliche Belastung der Unternehmen usw.

„Mir kommen die Tränen!“

Spaß beiseite: die Untersuchungen von Prof. R. Roth (s.S.6) haben ja gezeigt, in welcher krassen Weise der Lohnabhängige zugunsten des großen Kapitals benachteiligt wird, gleich welche Regierung dies betreibt, Schwarz-Gelb oder Rot-Grün — die „Wirtschaft“ hat das Sagen.

Wie können die Gewerkschaften dagegenhalten?

Es gibt im Prinzip drei Möglichkeiten:

1. Wir machen weiter wie bisher, denn der Klassenwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital besteht trotz aller Formveränderungen nach wie vor, also brauchen wir auch die herkömmlichen Aktionsformen.

2. Wir trennen uns von allem Traditionellen und stellen ab auf alles, was modern ist: Website im Internet, Sendungen im „Offenen Kanal“, Freizeitangebote (Lehrer-Reisebüro), individueller Rechtsbeistand, Lehrer-Events (???) usw.
3. Wir tun das eine ohne das andere zu lassen.

Genau dieses wird Thema eines Seminars sein, das der Kreisvorstand noch in diesem Schuljahr organisiert. Es wird vom 26.-28. Mai in Neukirchen bei Hünfeld stattfinden. Wer mitmachen will, wende sich bitte an Wilfried oder Gabi — die Telefonnummern findet ihr auf Seite 16.

Wolfgang Christian

Lesesozialisation

Teil 1: Welchen Stellenwert hat das Lesen in der Familie für das Leseverhalten von Kindern? (Teil 2 über den Deutschunterricht folgt im nächsten Heft.)

In der Schule stellen sich nicht nur die Deutschlehrer folgende Fragen: Wie kommt es, dass einige Kinder trotz angebotener Medienvielfalt gern ein Buch lesen? Warum haben andere Kinder im 5. Schuljahr immer noch Probleme einen altersgemäßen Text flüssig zu lesen und zu verstehen?
Diese und andere Fragen versuchte die Bertelsmann Stiftung zu beantworten. Sie initiierte und förderte zu Beginn der 90er Jahre ein größeres Forschungsvorhaben zum Thema Lesen. Das Projekt Lesesozialisation in der Familie führten Bettina Hurrelmann, Michael Hammer und Ferdinand Nieß[18] durch.

Die Autoren untersuchten 1993 das Leseverhalten 9-11-jähriger Kinder und ihrer Eltern. Die Untersuchung fand am Ende der Grundschulzeit statt, d.h. in den Klassen hatte noch keine Selektion stattgefunden, sondern Kinder und Eltern aus verschiedenen sozialen Schichten mit unterschiedlichem Bildungsniveau waren vertreten. „In der vorliegenden Untersuchung geht es um die Leistungen der Familie im Prozess der Lesesozialisation. Dabei richtet sich die Frage nicht auf die Vermittlung der sogenannten ´Kulturtechnik´ des Lesens, sondern auf das Problem, wieweit es Familien gegenwärtig gelingt, ihren Kindern Freude am Bücherlesen und die Motivation zu regelmäßiger Buchlektüre zu vermitteln. Diese Frage stellt sich nicht nur vor dem Hintergrund eines rasant gewachsenen Medienangebotes, sondern auch angesichts des dramatischen Wandels von Familienstrukturen und sozialen Lebensbedingungen von Familien, den wir in den letzten Jahrzehnten erlebt haben. Welchen Beitrag leistet die Familie heute zur Entwicklung habitueller Leser und Leserinnen in der heranwachsenden Generation?“[19]

Die Untersuchung ergab, dass der größte Teil der Kinder häufig und gern liest, wogegen absolute Nicht-Leser in dieser Altersgruppe eher selten zu finden waren. Anzumerken ist, dass etwa zehn Prozent der befragten Kinder noch große Mühe beim Lesen und Erfassen eines Textes hatte. Eine mangelhaft ausgebildete Lesefertigkeit verhindert belohnende Leseerfahrungen, d.h. die Anstrengung, die

[18] Hurrelmann, B./ Hammer, M./ Nieß, F.: Lesesozialisation. Band 1. Leseklima in der Familie. Gütersloh 1993.
[19] Ebenda, S. 16.

benötigt wird, um ein Buch zu lesen, steht in keinem Verhältnis zu der Freude über das Gelesene. Ein zu hoher Aufwand und zu große Mühe beim Lesen eines Buches beeinflussen die weitere Leseentwicklung negativ.

Eine deutliche Auswirkung auf das Leseverhalten der Kinder haben der Bildungsgrad und das Lesevorbild ihrer Eltern.
Seit etlichen Jahren lässt sich eine qualitative und quantitative Zunahme im Medienbestand der Familien beobachten. So verfügen die meisten Familien über mehrere Fernseher, 60 Prozent über mindestens einen Videorecorder, 50 Prozent über Kabelanschluss, und 50 Prozent besitzen einen Computer.
Von den 9-11jährigen Kindern besitzt ein Drittel einen eigenen Fernseher, zwei Drittel einen Walkman, mehr als die Hälfte einen Kassettenrecorder und ein Drittel sogar einen eigenen Computer.
Aber auch die Printmedien werden von den Familien gekauft und gelesen. Neben Tages- und Fernsehzeitungen gibt es in den untersuchten Familien durchschnittlich 250 Bücher, jedes Kind hat etwa 40.

Der Medienbesitz der Kinder ist von der Schicht und der Bildungsgruppe der Eltern abhängig, weniger von deren Einkommen. Dem unteren Bildungsniveau angehörende Familien bevorzugen Fernsehgeräte mit Kabelanschluss und Videorecorder. In Familien mit höherem Einkommen findet man neben einer höheren Anzahl von Geräten auch eine Medienvielfalt vor, die sowohl Print- als auch elektronische Medien beinhaltet.
Welche Aussagen lassen sich hinsichtlich der Nutzung elektronischer Medien und dem Lesen von Büchern treffen? Hurrelmann, Hammer und Nieß unterscheiden verschiedene Mediennutzungsmuster:

- Bei einer Gruppe von Familien dominiert das Lesen von Büchern im Vergleich zur Nutzung anderer Medien. Die Verweildauer von Eltern und Kindern vor dem Fernseher ist niedriger als der errechnete Mittelwert dieser Untersuchung.
- Eine weitere Gruppe nutzt eine breite Medienpalette und liest auch häufig Bücher.
- In der dritten Gruppe findet man Eltern, die viele Computer- und Telespiele besitzen und nutzen. In diesen Familien gibt es nur wenige Printmedien, entsprechend gering sind Lesefreude und Lesehäufigkeit.

Es zeigt sich, dass die Leser unter den Kindern aus unterschiedlichen Medienumwelten kommen — eine Vielzahl von Medien muss sich nicht negativ auf den Bücherkonsum auswirken.

Ob aus Kindern Leser oder Nicht-Leser werden, hängt stark vom Leseverhalten der Eltern, insbesondere der Mutter ab. Das Kind beobachtet seine Eltern beim Lesen von Büchern und stellt fest, welchen Wert das Buch für den Leser hat. Auch das Gespräch über Bücher, besonders über gemeinsam gelesene, ist für die weitere Leseentwicklung wichtig. Hierbei spielen die Bildungsvoraussetzungen der Familie keine Rolle.
Fast alle Eltern sehen das Lesen von Büchern als gut und wichtig für die Entwicklung ihrer Kinder an. Die Leseförderung erscheint ihnen notwendig, da sie einen unmittelbaren Zusammenhang zu dem Schulerfolg sehen, der ihrem Kind Beruf und soziale Position ermöglichen soll.

Stimmen die Einstellungen der Eltern mit ihrem Verhalten überein, so wirkt sich das in der Regel positiv auf das Leseverhalten der Kinder aus. Eltern, die nicht nur die Lesefreude ihres Kindes schätzen, sondern auch selbst gern zum Buch greifen, unterstützen die Lesepraxis von Kindern am wirksamsten.
Versuchen Eltern die Kinder zum Lesen zu animieren, nehmen aber selbst kaum ein Buch in die Hand, sondern ziehen Fernsehsendungen vor, so gewinnen auch die Kinder kaum Freude am Lesen. Sie sehen mehr die Leistung und die Mühe als den Genuss. Hier wirkt das elterliche Vorbild demotivierend auf die Lesefreude der Kinder. Derart widersprüchliche Bedingungen herrschten in 17 Prozent der untersuchten Familien.

Auch das Vorlesen, dessen lesepädagogische Bedeutsamkeit unbestritten ist, fand in diesen Familien nur selten oder gar nicht statt. Als Grund gaben die Eltern u.a. an, dass sie selbst nicht gut lesen können. Kinder, denen nicht vorgelesen wird, lernen den Unterschied zwischen gesprochener und geschriebener Sprache erst in der Schule kennen. Die kognitive Leistung, die Schriftsprache in das eigene Denken zu überführen, wird diesen Kindern im Vergleich zu ihren Mitschülern, denen vorgelesen wurde, erst sehr spät nahegebracht bzw. abverlangt.

Um später selbst allein zu lesen, ist die Unterstützung durch das soziale Umfeld nötig. Besonders hervorgehoben werden neben dem Vorlesen und den Gesprächen über Bücher, die sowohl von den Kindern als auch von einem Elternteil gelesen wurden, der gemeinsame Besuch von Bibliotheken und Buchhandlungen.

Kindliche Leser finden sich häufiger in Familien mit einer anregungsreichen und aktiven Freizeitgestaltung als in Familien, deren Struktur eher mit interaktionsarm und rigide zu beschreiben ist. Hier ist die Kommunikation zwischen den Familienmitgliedern stark eingeschränkt, der Fernsehkonsum dagegen überdurchschnittlich hoch. Manchmal entwickeln sich Kinder aus derartigen Familien wider alle Erwartungen zu Lesern, genauso, wie man auch Nicht- oder Wenig- Leser in Familien findet, in denen von den sozialen und intellektuellen Voraussetzungen her Leser zu erwarten wären.

Das Lesen in der Familie muss demnach im Gesamtkontext der Mediennutzung gesehen werden, wobei sich das Lesen der Kinder — von Ausnahmen abgesehen — in Abhängigkeit vom Leseverhalten der Eltern entwickelt.

Christa Rugen

GEW-Kreisvorstand Offenbach-Stadt

Vorsitzende:

Gabriele Bechtel, Fechenheimer Leinpfad 7, 60386 Frankfurt, Tel. 069-415320
Sachgebiete: Sonderschule und Integration, Gemeinsamer Unterricht; GPR LL

Winfried Deschauer, Brandsbornstr. 73, 63069 Offenbach, Tel. 069-842130
Sachgebiet: Sekundarstufe I; GPR LL

Kreisrechnerin:

Hildegard Feuchter, Dreieichring 16, 63067 Offenbach, Tel. 069-886649
Sachgebiete: Grundschule, Frauenfragen, Rechtsberatung; GPR LL

Beisitzer:

Dr. Wolfgang Christian, Kantstr. 18, 63067 Offenbach, Tel. 069-810078
Sachgebiete: Soziale Offensive Offenbach und Para Nicaragua

Sylvia Harth-EI Hawi, Friedensstr. 88, 63071 Offenbach, Tel. 069-857703
Sachgebiet: Sonderpädagogik

Michael Köditz, Am Leinritt 10, 60386 Frankfurt, Tel. 069-40807840
Sachgebiete: Berufliche Schulen und sozialpädagogische Berufe

Christa Rugen, Am Mühlgraben 58, 63263 Neu-lsenburg, Tel. 06102-320833
Sachgebiet: Haupt- und Realschule

Gerhard Schenk, Lilienstr 3a, 63322 Rödermark, Tel. 06074-95233
Sachgebiet: Haupt- und Realschulen; GPR LL

Ute Schinke, Frankenstr. 57a, 63075 Offenbach, Tel. 069-865567
Sachgebiete: Grundschule, Rechtsberatung; GPR LL

Marion Weßling-Bagel, Kennedyallee 107, 60596 Frankfurt, Tel. 069-63199412
Sachgebiet: Referendarinnen und Referendare

GPR LL = Mitglied im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

GEW Offenbach-Stadt goes TV

Fr, 2.6., 18.00 Uhr: Sparen auf Kosten unserer Schulen — Bericht der „Teamecke" von unserer Mitgliederversammlung mit Prof. Rainer Roth (vgl. S.6); die ca. halbstündige Sendung wird am 2.6. sowie am So, 4.6. um 22.00 Uhr wiederholt.
Der Offene Kanal kann von allen Kabelfernsehnutzern, die in Frankfurt, Kelsterbach, Mühlheim, Neu-Isenburg oder Offenbach wohnen, auf Kanal 4 empfangen werden.

Impressum

Herausgeber: Kreisverband Offenbach-Stadt der GEW
Anschrift: GEW-Info c/o Michael Köditz, Am Leinritt 10, 60386 Frankfurt (v.i.S.d.P., Layout)
Redaktion: Gabriele Bechtel, Dr. Wolfgang Christian, Winfried Deschauer, Michael Köditz, Christa Rugen, Ute Schinke
Druck: Imprenta, 63179 Obertshausen
Auflage: 600 Exemplare
Dank für die Genehmigungen zum Abdruck ihrer Zeichnungen an Thomas Körner (S. 10, 12 und 15) sowie an Gerhard Mester (S. 6 und 7).

Um die kritische Auseinandersetzung mit der staatl. Sparpolitik weiter zu fördern, haben wir uns der Aktion „Klartext" angeschlossen (Infos im Internet unter www.dave.de/klartext;. vgl. S.6).